

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 24. März 1932 Nummer 71

Sachsens Glendsarmee wächst!

Kapitalistische Sozialpolitik verhärtet den Bankrott des Systems . Kommunale Spitzenverbände fordern Sanierung auf Kosten der Erwerbslosen . SPD-Führer als Einseitiger der Unternehmeroffensive

Kämpft für die Arbeitsbeschaffungsforderungen der Kommunistischen Partei und der AGD!

Die bürgerliche Presse verbreitet über die Lage des sächsischen Arbeitsmarktes folgenden bezeichnenden Bericht:
Die Hoffnung, daß Anfang März der winterliche Höchststand der Arbeitslosigkeit in Sachsen überschritten werden würde, hat sich nicht erfüllt. Verschiedene ungünstige Einflüsse wirkten sich auf den Arbeitsmarkt ein. Das anhaltende Frostwetter konnte die Einstellung in den Handwerken. Die unsicheren politischen Verhältnisse in Deutschland verminderten den Eingang von Auslandsaufträgen in den Produktions- und Verbrauchsbereichen. Schließlich wirkten die Zollmauern der Nachbarländer mit unverminderter Stärke auf bestimmten für Sachsen sehr wichtigen Industriezweigen. Aus allen diesen Gründen ist es erklärlich, daß die Zahl der Arbeitslosen von Ende Februar bis Mitte März noch um rund 3500 auf 75.500 angelegten ist.

Schon dieser Bericht zeigt, daß neben der kapitalistischen Klasse die verbrochene Politik der Bourgeoisie mitverantwortlich ist für die ungeheure Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Die Industriellen, deren Parteien und Stützen mitverantwortlich sind für die Sozialpolitik, versuchen vergeblich ihre Mittel abzumäßen. In welcher fatalistischen Lage sich besonders die sächsische Arbeiterklasse befindet, zeigt weiter die Tatsache, daß die Zahl der Arbeitslosen im Reich zur selben Zeit um 1000 auf rund 6.129.000 gestiegen ist, in Sachsen jedoch um das Dreifache.

In welcher furchtbaren Situation sich diese Millionenarmee befindet, geht daraus hervor, daß nur 3,5 Millionen Arbeitslosenversicherungsgeld erhalten, während rund 1,5 Millionen anerkannte Wohlfahrtsverweigerer sind.

Über 800.000 erhalten nach amtlichen Berichten keinen Pfennig Unterstützung.

In Sachsen sind 42 Prozent aller untertätigen Arbeitslosen der Unannehmlichkeit der Gemeindefürsorge ausgeliefert. Diese Zahlen erhalten ein besonderes Gewicht durch die neuen Pläne auf Verdrängung der Arbeitslosenunterstützung im Zusammenhang mit der neuen Lohn- und Gehaltsabbaupolitik der Unternehmer. Diese Pläne gehen von den kommunalen Spitzenverbänden aus, deren Vertreter im Präsidium des Deutschen Städtetages und des Deutschen Landgemeindetages am 21. März in Berlin unter Hinweis auf den finanziellen Bankrott der Gemeinden die Forderung aufgestellt haben, den radikalen Abbau der Arbeitslosenunterstützung vorzubereiten durch Senkung aller sozialen Unterstützungsleistungen, durch Aufhebung der Arbeitslosenversicherung und durch Einführung der Bedürftigkeitsprüfung für alle Arbeitslosen, die Unterstützung beantragen. Gleichzeitig erklärte der Vorsitzende Wulert, daß die Gemeindefürsorge erhöht werden müßte und daß insbesondere eine Verdoppelung der Kopfsteuer notwendig sei.

In Vorstand und im Hauptausch des Deutschen Städtetages sind die sozialdemokratischen Bürgermeister Witz (Berlin), Reuter (Magdeburg), Brauer (Altona), Heimerich (Mannheim)

Sie sind es, die im Einverständnis mit der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie den Ruf nach Abbau der Arbeitslosenunterstützung erheben.

In diesem Zusammenhang gewinnt der schamlose Arbeitsbeschaffungsschwindel der AGD-Führer keine besondere Bedeutung. Auch sie führen ihre „Kampfnahme zur Arbeitsbeschaffung“ nicht als ein Entlastungsmittel für ihre eigene Schandpolitik durch, sondern versuchen auch die Politik der herrschenden Klasse und ihrer Regierungen zu entlasten.

Es ist eine widerliche Komödie zur Täuschung der rebellierenden Arbeitermassen dieser ganze Arbeitsbeschaffungsschwindel der AGD- und SPD-Führer! Und während derselben Zeit organisieren die Unternehmer ihren Frontalangriff, der bereits bei den sächsischen Metallarbeitern ab 30. März in der Wutst. Die herrschende Klasse glaubt, gestützt auf die Zahlenangaben der Präsidentenwahlen, sich diese Offensive leisten zu können. Sie beruft sich bei den Abbaumaßnahmen öffentlich auf die Stimmen für Hindenburg und für Hitler. Die sächsische Zeitung vom 22. März erklärt folgendes:

„Den Arbeitern sind unerwünschte Einschränkungen in der Vergangenheit zugemutet worden. — Vieles, was unversie-

bares sozialer Besitz schien, ist der Krise zum Opfer gefallen. Und dennoch haben die organisierten Arbeiter dem Staat die Treue gehalten und dem Oberhaupt dieses Staates ihre Stimmen gegeben.“

Also, so folgern die Wahlmänner für Hindenburg, kann diesen Arbeitern auch ein neuer Gehalts- und Lohnabbau und den Erwerbslosen die Verteilung der Unterstützung ausgewungen werden. Und zur gleichen Zeit beruft sich die Kretschmer-Weltläufige Zeitung auf die 11 Millionen Hitlerstimmen, wenn sie den Abbau der Löhne und des sozialen Unterhaltens fordert.

Betriebsarbeiter! Erwerbslose! Angehörige! Beamte! Durchkreuzt die schändliche Rechnung der Ausbeuterklasse. Schließt die rote Einheitsfront zum Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau. Erkennt, daß die KPD und AGD bei ihrer Verteilung und Kennzeichnung der kapitalistischen Kandidaten und ihrer Stützen, besonders aber auch bei der Charakterisierung der sozialdemokratisch-freiwirtschaftlichen Führer als Hauptstützen der kapitalistischen Diktatur recht gehabt haben! Formiert die Kampffront für die einzig und allein im proletarischen Interesse stehenden Arbeitsbeschaffungsforderungen der KPD und AGD und demonstriert am 18. April eure Kampfschlussschlacht durch die Verbreiterung der Millionenfront für den einzigen Kampfkandidaten der Armen gegen die Reichen, für den Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann!

Dem Bezirksparteitag der KPD zum Gruß!

Morgen tritt der 2. Bezirksparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Sachsen, im großen Saal des Reichspalastes in Leipzig zusammen.

Der Bezirksparteitag tagt in der Stadt, in der vor einiger Zeit der Parteitag der SPD stattfand, auf dem die Wels und Larnow ihr Programm zur Rettung des Kapitalismus, ihr Programm als Letzte des Kapitalismus verstanden. Das Programm der Sozialdemokratischen Partei, Krug des Kapitalismus zu sein, ist das Programm der härtesten Feindschaft der Arbeiter mit allen Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaftskrise. Die Erklärung, daß man auch Erde des Kapitalismus sein sollte, ist die Festlegung der betrügerischen Demagogie gegenüber den Arbeitermassen, deren Kapitalisierung im Zeichen der Verschärfung der Wirtschaftskrise und der daraus sich ergebenden Verstärkung der Klassengegnisse steht.

Die Tagung der Kommunistischen Delegierten, die Zusammenkunft von 1500 Vertretern der revolutionären Arbeiter aus den Betrieben und von den Stempelstellen, Vertreter revolutionärer Hausfrauen, Angestellten und Mittelschichten, tritt zusammen nach dem Abschluß des ersten Wahlganges zur Reichspräsidentenwahl. Die Kommunistische Partei sammelte in diesem ersten Wahlgang 5 Millionen Stimmen für den roten Arbeiterkandidaten, den Führer der KPD, Ernst Thälmann.

Diese 5-Millionen-Armee ist ein gewaltiger Faktor des revolutionären Klassenkampfes, der den Erfolg und den Sieg des

Neuer Autotruster-Subventionsstandal

Die vom Staate bewilligten 6 Millionen sind ihnen nicht genau . Sie wollen Chemnitz und Zwickau erneut um Hunderttausende schröpfen . Antwortet ihnen am 17. April durch roten Volkenscheid!

Die sächsische Regierung beschloß im Januar 1932 die Subventionierung der zu einem sächsischen Autotruster zusammengeschlossenen Betriebe, Audi und Hochwerke, Zwickau; DKW, Japan und Wanderwerke Chemnitz mit sechs Millionen Mark. Gegen die Stimmen der Kommunisten wurde die entsprechende Regierungsvorlage von der SPD bis zu den Nazis angenommen. Die kapitalistische Klasse hat auch diese Werke an den Rand des Bankrotts gebracht. Wie sich nun die beteiligten Kapitalisten herauszettelten und ihren Profit sichern, zeigt die Staatsubvention aus den Taschen der Steuerzahler. Zu einem besonderen Standal wird jedoch die staatliche Subventionierung des sächsischen Autotrusters.

Die kapitalistischen Macher dieser Werke haben nicht genug an den sechs Millionen des sächsischen Staates. Mit dem Versprechen, die Betriebe zu erweitern (?) zu wollen, andererseits durch Zuschüsse, den Betrieb abzubauen, soll zu schätzen, versuchen sie weitere Millionen aus den beteiligten Gemeinden herauszuholen.

Die Städte Chemnitz und Zwickau werden dabei besonders gegeneinander ausgespielt. Von Chemnitz fordert man neben dem Verzicht auf Zehntausende von Steuergebern noch Vereinfachung eines Bewilligungsgeldes, leger Schaffung von Wohnungen für die Beamten und Angestellten. In derselben Richtung gehen die an Erpressung grenzenden Forderungen an die Stadt Zwickau. Die Stadt Zwickau soll ebenfalls auf Zehntausende von Mark Steuern verzichten. Sie soll ferner verzichten auf ein Darlehen von 500.000 Mark, das sie den Hüttenwerken vor rund zwei Jahren geliehen hat.

Diese Aktion der Autokapitalisten wird noch besonders unterkräftigt von der sächsischen Regierung, die in ihrem Schlichterstreife mit den Städten den Druck auf die Gemeinden zugunsten der Autokapitalisten verstärkt.

Diesem Regierungsverhalten, die den Städten und Gemeinden nicht genügend Mittel geben, um die Erwerbslosen zu unterstützen und die sonstigen Räte zu mildern, die Städte und Gemeinden täglich zusetzen in die Katastrophe hineinzutreiben lassen, ermöglichen den Autokapitalisten dieses beispiellose Vorgehen.

Die kommunalistischen Stadtverordneten der beteiligten Städte haben mit allem Nachdruck diesen Forderungen entgegengetreten, wie auch die kommunalistische Landtagsfraktion dies mit folgendem Antrag getan hat:

„Aus Chemnitz und Zwickau geht uns die Mitteilung zu, daß anlässlich der Bildung des sächsischen Autotrusters, den der sächsische Staat mit sechs Millionen Mark subventioniert, weitere schwere finanzielle Anforderungen an die genannten Städte noch besonders gestellt werden.“

In Anbetracht der ungeheuren Notlage der weitstündigen Bevölkerung und der großen Finanznot der Gemeinden ist dieses Gebahren geradezu empörend. Die Unterstützungen der Erwerbslosen und Hilfsleistungen werden ständig weiter herabgesetzt, aber Millionen löst man in die Taschen der Schwerindustrie fließen.

Wir beantragen, der Landtag wolle beschließen:

- 1. Die Regierung wird beauftragt:
a) jedweden Druck auf die Gemeinden zur Erfüllung dieser vom Autotruster gestellten Forderungen zu unterlassen;
b) die in Frage kommenden Gemeinden anzurufen, die Forderungen des Autotrusters abzulehnen und bereits in obiger Art getätigte Abmachungen rückgängig zu machen.

Die Vorgänge selbst zeigen den notleidenden Massen, besonders aber auch den Erwerbslosen und den Betriebsarbeitern, daß kapitalistische Subventionspolitik niemals einer wirklichen „Eicherung des Arbeitsplatzes“ dient, sondern eine „legale“ Vererbung breiter Volksfähigkeiten und besonders der Arbeiterklasse darstellt. Die Haltung der Schlichterregierung und der Landtagspartei von der SPD bis zu den Nazis beweist, wie die Kapitalisten ihre Stützen und Helfershelfer bei der Durchsetzung ihrer Interessenpolitik haben. Sie läßt aber auch deutlich erkennen, daß nur die Kommunisten den Kampf gegen die Profitgötzen zu führen gewillt und imstande sind. Um so eindringlicher und einheitlicher muß der Massenaufruf zum roten Volkenscheid der Kommunisten am 17. April gegen Schuld und seinen Landtag erfolgen.